

Mit dem Messer der Kritik zum faulen Kern



Noborder und kritische Theorie

Das Projekt einer Abschaffung von Migrationskontrollen gilt heute als naiv, als im schlechten Sinne utopisch. Eine kritische Theorie der Migrationspolitik kann dazu beitragen, dieses Projekt sagbar und vertretbar zu machen. Von Fabian Georgi

Seit der Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre haben die Industriestaaten des Globalen Nordens ihre Migrationskontrollen immer weiter verschärft. Tausende von Toten fordert ihr unerklärter Krieg gegen Flüchtlinge und Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter Jahr für Jahr. Sie überziehen die Erde mit Visaregimen, Abschiebeknästen und biometrischen Kontrollen und sie träumen davon, menschliche Mobilität zu „managen“. Obgleich es ihren Kontrollinstitutionen nicht gelingt, die Mobilität zu stoppen, illegalisieren und entrechteten sie Millionen. Viele Menschen, bis weit in den liberalen Mainstream hinein, empfinden Unbehagen und Scham, Trauer und Zorn, wenn sie an diese Folgen denken. Seit Beginn der 1980er Jahre kritisieren Kirchen, NGOs und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler diese Politik im Namen von Flüchtlingsschutz und Menschenrechten. Doch ihre „sentimental humanitäre Sprache“, so formulierte schon Hannah Arendt polemisch, unterscheidet „sich oft nur um ein Geringes von den Broschüren der Tierschutzvereine“. Ihrer menschenrechtsorientierten Kritik gelang es nicht, die repressive Tendenz der Migrationspolitik zu brechen.

In Reaktion auf ständige Verschärfungen radikalisierten migrantische Basisorganisationen und antirassistische Gruppen ihre Kritik. Sie fordern „Bleiberecht für Alle“, „globale Bewegungsfreiheit“ und „No Border! No Nation!“. Sie lehnen Migrationskontrollen grundlegend ab, begreifen es als legitim, wenn Menschen durch Migration Schutz und ein besseres Leben suchen, und verstehen es als ungerecht, diese Mobilität zu stoppen. Ihrer Kritik liegt ein „Existenzialurteil“ (Max Horkheimer) zugrunde, das sich grob so formulieren lässt:

Staatliche Migrationskontrollen sind tödlich. Sie sind ungerecht und zutiefst unmenschlich. Faire und humane Kontrollen sind unmöglich. Migrationskontrollen sind keine Naturnotwendigkeit. Sie sind menschengemacht und sie müssen und können abgeschafft werden.

Diese Noborder-Kritik ist inspirierend und oft kaum mehr als eine Provokation. Häufig bleibt unklar, was damit genau gemeint ist. Es bleibt unklar, wie man ein solch weitreichendes Projekt gegen die unweigerliche Ablehnung rechtfertigt und was die Bedingungen für eine Welt ohne Grenzen wären. Wie etwa hängen Migrationskontrollen und Kapitalismus zusammen und wie somit die Kämpfe gegen sie? Der vorliegende Text¹ nimmt Begriffe der kritischen Theorie zum Ausgangspunkt, um Bedingungen und Methoden einer radikalen Kritik von Migrationskontrollen etwas klarer zu machen.

Verankerung in den Kämpfen

Beginnen lässt sich mit der Frage, wie eine Noborder-Kritik zu begründen und rechtfertigen ist. Klar scheint, dass sie nicht „objektiv“ begründet werden kann, nicht durch Religion, Metaphysik, Naturrecht oder einen Klassenstandpunkt. Sie muss auf andere Art in der Wirklichkeit verankert werden. Materialistische Kritik seit Marx hat diese Verankerung in den wirklichen Bewegungen und Kämpfen gesucht, die mit realen gesellschaftlichen Widersprüchen verbunden sind. Für Friedrich Engels war sozialistische Theorie „weiter nichts als der Gedankenreflex“ (MEW 20, 211) auf die in den kollektiven Klassenkämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter aufscheinenden Widersprüche, auf die darin hervorgebrachten

¹ Die hier dargestellte Argumentation wurde zuerst entwickelt in: Georgi, Fabian/ Schatral, Susanne: *Towards a Critical Theory of Migration Control*, in: Geiger/Pécoud (Hg.): *The New Politics of International Mobility*. IMIS-Beiträge 40, Osnabrück 2012, 193–221. Volltext: <http://www.imis.uni-osnabrueck.de/pdf-files/imis40.pdf>

Formen der sozialen Kooperation, auf die Ideen, Gefühle und Erfahrungen einer Solidarität, die Mittel zur Überwindung der bestehenden Ordnung war und zugleich als Zweck über diese Ordnung hinauswies. Marx sah es als Aufgabe kritischer Intellektueller, die in den Kämpfen implizite Kritik explizit zu machen. „Wir treten dann nicht der Welt doktrinär mit einem neuen Prinzip entgegen: [...] Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien der Welt neue Prinzipien.“ (MEW 1, 343). In ähnlicher Weise sollte eine Kritik der Migrationspolitik entwickelt werden in Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen Bewegungen der Migration und mit den Kämpfen gegen ihre Kontrolle. Die kritische Theorie der Migrationspolitik ist eine reflektierende, nicht nur widerspiegelnde, gedankliche Reaktion auf diese Kämpfe. Sie ist durch die Kämpfe in der Wirklichkeit verankert und sie findet in ihnen nicht nur ihren Antrieb und ihre Begriffe und Fragen, sondern auch eine nicht-letztgültige Rechtfertigung.

Immanente Kritik I: Linksliberal

Auf dieser Basis lässt sich die Kritik der Migrationspolitik weiter entfalten, zunächst mit Hilfe einer zentralen Methode kritischer Theorie, der sogenannten „immanenten Kritik“, die Widersprüche zwischen Realität und Idealen einer Gesellschaft kenntlich macht, das Auseinanderklaffen von Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit. Flüchtlings-NGOs und

Kurz: Die linksliberale Kritik will den Staatsapparat der Migrationskontrolle eine parlamentarisch-völkerrechtliche Kandare anlegen. Für Johannes Agnoli war derartige immanente Kritik nicht überholt, sondern dauerhaft berechtigt, „ihre Aufgabe ist keineswegs zu Ende; ihr Kampf geht vielmehr in dem gleichen Maße weiter, wie Normen permanent durchbrochen“ werden. Doch zugleich ist die linksliberale Kritik mehrfach begrenzt. Sie ignoriert jene Verhältnisse, die das Elend der Migrationskontrollen notwendig hervorbringen. Souveräne Nationalstaaten dürfen entscheiden, wer auf ihr Territorium einreisen, wer dort bleiben darf – und wer nicht. Sie dürfen ihre Grenzen kontrollieren, auch gewaltsam. Sie dürfen „unerwünschte Ausländer“ abweisen und abschieben. Wie es keine Atomkraftwerke ohne Atom Müll, keinen Kapitalismus ohne Krisen geben kann, so kann es souveräne Nationalstaaten nicht geben ohne die permanente gewaltsame Ausgrenzung von Menschen anderer Staatsangehörigkeit. Fixieren, filtern, entrechten, und abschieben – werden diese Zwecke staatlicher Migrationskontrollen nicht grundlegend und unmissverständlich in Frage gestellt, schneidet das Messer der Kritik am faulen Kern der Migrationspolitik vorbei. Die linksliberalen Strategien sind berechtigt und notwendig. Und zugleich stärken und legitimieren sie die Ordnung, aus der die gewaltvollen Kontrollen notwendig hervorgehen. Dieser Widerspruch ist auszuhalten. Mit ihm ist umzugehen. Mit Agnoli formuliert: Die linksliberale Kritik ist nicht gescheitert, aber „sie kreist inzwischen um sich selbst: ein endloser Prozeß des Protestes ohne Revolte.“

Immanente Kritik II: Die Verhältnisse zum Tanzen zwingen

Eine radikale Kritik von Migrationskontrollen muss die Methode der immanenten Kritik über ihre linksliberale Beschränkung hinaustreiben: Solange es massive Armut und Ungleichheit an Lebenschancen gibt, darf globale Bewegungsfreiheit nicht beschränkt werden. Das ethische Gut eines Lebens ohne materielle Not für alle Menschen übertrumpft die selbst-interessierten Einwände aus dem Globalen Norden. Und dies umso mehr, als Armut und Not im Globalen Süden direkte Folgen von Kolonialismus, Imperialismus und einer bis heute neokolonialen Weltwirtschaftsordnung sind. Die migrationspolitische Entrechtung von Menschen aus dem Globalen Süden stützt sich auf im Kolonialismus entstandene rassistische Muster. „Staatsbürgerschaft in westlichen liberalen Demokratien ist das moderne Äquivalent zu feudalen Privilegien – ein erbter Status, der die

Es kann souveräne Nationalstaaten nicht geben ohne die permanente gewaltsame Ausgrenzung von Menschen anderer Staatsangehörigkeit

linksliberale Migrations-Expertinnen und -Experten wenden diese Methode auf eine spezifische Weise an. Erstens operieren sie auf der Ebene des Rechts und bekämpfen staatliche Abschiebungen und Push-Back-Operationen im Mittelmeer auf juristi-

ischem Weg. Zweitens verweisen sie in zahllosen Berichten detailliert auf die Widersprüche zwischen der unmenschlichen Realität und dem Ideal von „rechtbasierten“ Kontrollen, die voll übereinstimmen mit einer großzügigen Interpretation aller Gesetze, Konventionen und Abkommen zum Schutz der (Menschen-)Rechte von Flüchtlingen und Migrantinnen und Migranten. Drittens kritisieren sie, dass staatliche Kontrollinstitutionen wie Frontex intransparent arbeiten und nur ungenügend parlamentarisch und öffentlich überwacht werden können.

eigenen Lebenschancen massiv verbessert.“ (Joseph Carens)

Die Noborder-Kritik knüpft an frühere abolitionistische Kämpfe an, also an Kämpfe, die auf die vollständige Abschaffung großer Unrechtssysteme zielten. Wenn alle Menschen frei und gleich an Würde und an Rechten geboren sind, dann müssen alle Privilegien und Hierarchisierungen, die auf zufälligen oder ethisch irrelevanten Eigenschaften basieren, abgeschafft werden. Die großen Emanzipationskämpfe gegen Feudalismus und Sklaverei wurden auf dieser Grundlage geführt, ähnlich die Kämpfe gegen Kastensysteme, patriarchale Unterdrückung, die rassistische Entrechtung nicht-Weißer Menschen und die heteronormative Diskriminierung von LGBTI. In der Vergangenheit dachten vor allem Weiße Menschen, dass Schwarze Menschen *natürlich* nicht die gleichen Rechte haben können wie sie. Männer dachten, dass Frauen ihnen *selbstverständlich* untergeordnet seien. Und heute denken die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger des Globalen Nordens, dass die Menschen des Globalen Südens *logischerweise* an Grenzen gestoppt und abgeschoben werden dürfen. Das Noborder-Projekt kritisiert die scheinbare Selbstverständlichkeit von Migrationskontrollen als eine weitere willkürliche und nicht-rechtfertigbare Hierarchisierung von Menschen. Deshalb zielt das Projekt nicht auf eine „progressive Migrationspolitik“, nicht auf „humane“ und „faire“ Kontrollen. Es zielt auf ihre Abschaffung.

Kritik als radikales Kontextualisieren

Doch kritische Theorie erschöpft sich nicht in solcher zugespitzter Anrufung ethischer Normen. Immanente Kritik erkennt letztlich die „Verlötung von Norm und Wirklichkeit“ (Agnoli). Kritik muss betrieben werden als an die Wurzel gehende Analyse. Als *Kritik der Politik* muss sie verständlich machen, welche sozialen, ökonomischen und politischen Prozesse, welche Kämpfe und sozialen Kräfte den kritisierten Gegenstand historisch hervorgebracht haben. Sie muss radikal kontextualisieren.

Die Menschen, deren Migration die Industriestaaten ab den 1980er Jahren zunehmend restriktiv „managen“ wollten, reagierten mit ihrer Mobilität zu großen Teilen auf die Folgen von Prozessen, welche die Staaten des Globalen Nordens selbst mit initiiert hatten, um die kapitalistische Strukturkrise der 1970er Jahre zu überwinden. Um dem überakkumulierten Kapital neue Anlagemöglichkeiten zu bieten und die Profitraten zu steigern wurden in heftig umkämpften

Prozessen in großen Teilen der Peripherie Politiken durchgesetzt, die zu einer „Akkumulation durch Enteignung“ (David Harvey) führten – häufig organisiert durch Bündnisse zwischen lokalen Eliten und IWF und Weltbank: lokale Märkte wurden der Weltmarktkonkurrenz geöffnet; Landwirtschaft wurde industrialisiert und Millionen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern mussten in die Slums der neuen Mega-Städte ziehen; öffentliche Güter wurden privatisiert (Wasser, Gesundheit, Bildung) oder zusammengestrichen (Sozialprogramme, Subventionen für Grundnahrungsmittel); natürliche Lebensgrundlagen wurden überbaut, zerstört oder vernutzt. Hunderte von Millionen Menschen wurden vertrieben oder proletarisiert. Weitere Millionen flohen vor Repression und Bürgerkriegen, die häufig mit diesen „Reformen“ einhergingen. Einige dieser Menschen reagierten mit einer vom Globalen Norden nicht-intendierten, eigensinnigen und relativ autonomen Mobilität. Als Flüchtlinge und Wanderarbeiterinnen und -arbeiter versuchten sie, im Globalen Norden Schutz, Arbeit und ein (etwas) besseres Leben zu finden.

Der national-soziale kapitalistische Staat

Die Bevölkerungen des Globalen Nordens reagierten überwiegend restriktiv auf diese Mobilität. Diese Reaktionen hatten eine strukturelle Qualität. Seit Ende des 19. Jahrhunderts, und insbesondere nach der Großen Depression und dem Zweiten Weltkrieg wandelten sich die Länder des Globalen Nordens in umkämpften Prozessen zu „national-sozialen Staaten“ (Étienne Balibar), die Sozialpolitik und Nationalismus mit dem Effekt kombinierten, die explosiven Widersprüche kapitalistischer Verge-sellschaftung zu regulieren, zu prozessieren. Der national-soziale Wohlfahrtsstaat, so Balibar, war historisch „absolut unentbehrlich“, um die durch soziale Kämpfe zerrissenen kapitalistischen Gesellschaften zu stabilisieren und so die politische Herrschaft in Form nationaler Einzelstaaten zu organisieren, eine notwendige Bedingung der Hegemonie wechselnder Kapitalfraktionen überhaupt.

Migrationskontrollen sichern die „imperiale Lebensweise“ im Globalen Norden

Die Bevölkerungen des Globalen Nordens wurden zunehmend von „ihren“ national-sozialen Staaten abhängig, von ihren öffentlichen Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystemen, und von staatlich regulierten Verhandlungen über Löhne und Arbeitsbedin-

gungen. Es entstand eine „objektive Abhängigkeit des Individuums vom Schicksal ‚seines‘ Staates in der Weltmarktkonkurrenz“ (Ums Ganze). Doch um zu funktionieren, mussten diese national-sozialen Staaten Nicht-Staatsangehörige von ihrem Territorium ausschließen, entfernen oder, was häufig vorkam, sie abgestuft entrechten. Staatsangehörigkeitsrecht und Migrationspolitiken organisieren diese Ausgrenzung. Sie sichern die „imperiale Lebensweise“ (Ulrich Brand/Markus Wissen) im Globalen Norden, die auf weltweitem Zugriff auf Ressourcen, Räume und Arbeitskraft andernorts basiert. Migrationskontrollen sichern diese Lebensweise, indem sie die massiven sozialen Ungleichheiten des Weltsystems gewaltsam in getrennte Territorien fixieren. Deshalb unterstützten die Bevölkerungen des Globalen Nordens die Existenz und ständige Anpassung von Migrationskontrollen beinahe instinktiv, vorbewusst. Migrationskontrollen besitzen eine tiefe Hegemonie. Sie sind Teil des Staatsfetisch. Wie der Staat insgesamt erscheinen sie „dem Alltagsbewusstsein als selbstverständliche und unhintergehbare Voraussetzung individueller Existenz.“ (Ums Ganze) Offene Grenzen und gleiche Rechte für alle sind im Rahmen national-sozialer kapitalistischer Staaten nicht möglich.

² „WeltarbeiterInnen-klasse“ (Marcel van der Linden) ist ein analytischer und politischer Begriff. Er beschreibt die Einsicht, dass die Zusammensetzung und die Lebens- und Kampfbedingungen der verschiedenen, vermeintlich „nationalen“ ArbeiterInnenklassen unhintergebar zusammenhängen. Sie sind Teil desselben kapitalistischen Weltsystems. Zugleich verweist der Begriff politisch auf eine internationalistische Perspektive.

Große Teile der Bevölkerungen des Globalen Nordens reagierten ab den 1980er Jahren unter anderem auch deshalb besonders scharf auf die subalterne Mobilität, weil sie selbst durch neoliberale Reformen unter Druck standen: Als Reaktion versuchten diese privilegierten Sektoren der „WeltarbeiterInnenklasse“², ihre imperiale Lebensweise unter anderem durch repressiv ausgebaute Migrationskontrollen abzusichern. In einer rassistisch geprägten Dynamik forderten und unterstützten sie Grenzkontrollen, Entrechtung und Abschiebungen, um die migrantische Konkurrenz um Jobs, Wohnraum und Sozialleistungen auszuschalten.

„Migrationsmanagement“ als Teil von Arbeitskraftregimen

Kapitalistische Akkumulation beruht immer auf weiteren Herrschaftsverhältnissen. Rassismus legitimiert(e) Kolonialismus, Sklaverei und ethnisch segregierte Arbeitsmärkte. Sexismus organisiert(e) „kostenlose“ oder billige (Reproduktions-)Arbeit von Frauen. Diese Herrschaftsverhältnisse artikulierten

sich seit der Entstehung des kapitalistischen Weltsystems im 16. Jahrhundert unter anderem in einer Abfolge von Arbeitskraftregimen, die trotz aller Unterschiede auf dasselbe Problem reagierten: den Bedarf an Arbeitskraft, möglichst billig, flexibel und kontrollierbar, und verfügbar, wann und wo kapitalistische Produktion beginnen soll. Koloniale Zwangsarbeit, Schuldknechtschaft, Sklaverei, das „Kuli-System“ und die Entrechtung von „Gastarbeitern“ stehen deshalb als Arbeitskraftregime trotz aller Unterschiede in einem historischen Zusammenhang. Die gegenwärtige Politik des „Migrationsmanagements“ kann als jüngster Versuch begriffen werden, Teile der WeltarbeiterInnenklasse abgestuft zu entrechten, dieses Mal durch ihre diskursive und staatlich-administrative „Migrantisierung“.

Im Effekt zielt „Migrationsmanagement“ auf ein System „globaler Apartheid“: Ähnlich wie in Südafrika soll die überwiegende Mehrheit subalternen beziehungsweise peripherer Bevölkerungen in ihren „Homelands“ fixiert werden, während Mobilität und Arbeitskraft nützlicher Gruppen durch Pässe, Visa und Grenzen strikt reguliert und selektiv in Wert gesetzt werden soll. Die Konsequenz ist, dass die meisten Menschen im Globalen Süden unmenschlichen Lebensbedingungen nur schwer entkommen können. Migrationskontrollen haben den Effekt, subalterne Bevölkerungen im Globalen Süden zu entmachten, ihre Stellung in den nationalen und internationalen Kräfteverhältnissen massiv zu schwächen – und so ihren inferioren Status zu verewigen. Globale Bewegungsfreiheit würde die Machtstellung der subalternen Fraktionen der WeltarbeiterInnenklasse dramatisch verbessern.

Praktische Kritik

Doch selbst solch radikale Interpretation ist „immer noch Gesinnung [...]“. Es genügt nicht, angesichts der Missstände die Zustände verantwortlich zu machen“ (Agnoli). Kritik muss praktisch werden. Die praktische Kritik von Migrationskontrollen findet täglich statt: Flüchtlinge und Wanderarbeiterinnen und -arbeiter überqueren Grenzen und eignen sich Rechte an; NGOs bekämpfen juristisch zahllose Abschiebungen; antirassistische Gruppen leisten Unterstützungsarbeit. Die kritische Theorie der Migrationspolitik ist mit diesen Anstrengungen verbunden; sie „ist nicht

Kritik muss praktisch werden

irgendeine Forschungshypothese, die im herrschenden Betrieb ihren Nutzen erweist, sondern ein unablässiger Moment der Anstrengung eine Welt zu schaffen, die den Bedürfnissen und Kräften der Menschen genügt.“ (Max Horkheimer)

Das Projekt einer Abschaffung von Migrationskontrollen gilt heute als naiv, als im schlechten Sinn utopisch. Eine kritische Theorie der Migrationspolitik kann dazu beitragen, dieses Projekt sagbar und vertretbar zu machen. Sie kann helfen, besser verstehbar zu machen, wie es sich begründen lässt und wie es mit älteren abolitionistischen Bewegungen verbunden ist. Sie muss den Finger in die Wunde des Wissens über die nicht-aufhebbare Unmenschlichkeit der Kontrollen legen und auf die Grenzen linksliberaler Kritik hinweisen. Sie muss das Verständnis der (nicht zuletzt polit-ökonomischen) Zusammenhänge zwischen Migrationskontrollen, Kapitalismus und Rassismus vertiefen. Erst so ließe sich verstehen, welche umfassenden Bedingungen globale Bewegungsfreiheit hat und wie der Kampf darum mit anderen Emanzipationskämpfen verbunden ist.<

Fabian Georgi
ist wissenschaftlicher
Mitarbeiter am
Institut für Sozial-
forschung, Frankfurt
am Main. Er
engagiert sich bei
kritnet/Netzwerk
kritische Migrations-
und Grenzregime-
forschung.



Literaturliste

Agnoli, Johannes: *Von der kritischen Politologie zur Kritik der Politik* (1987), in: ders., *Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften*, Hamburg 2004, 193–202.

Arendt, Hannah: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, insb. Kapitel „Aporien der Menschenrechte“, München 2000.

Balibar, Étienne: *Kommunismus und (Staats)Bürgerschaft*, in: Alex Demirović et al. (Hg.), *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas*, Baden-Baden 2010, 19–34.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus: *Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise*, in: Alex Demirović et al. (Hg.), *Vielfachkrise*, Hamburg 2011, 79–94.

Carens, Joseph H.: *Aliens and Citizens: The Case for Open Borders*, in: *The Review of Politics* 49/2 (1987), 251–273.

Harvey, David: *Der neue Imperialismus*, Hamburg 2005.

Horkheimer, Max: *Traditionelle und kritische Theorie; & Nachtrag*, in: ders. (Hg.), *Traditionelle und kritische Theorie. Fünf Aufsätze*, Frankfurt a.M. 2003, 205–269.

Ums Ganze!: *Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit. Zur Kritik des kapitalistischen Normalvolzugs*, 2009. Volltext: http://umsganze.org/media/Staatstext_web.pdf

van der Linden, Marcel: *Plädoyer für eine historische Neubestimmung der Welt-Arbeiterklasse*, in: *Sozial.Geschichte* 20/3 (2005), 7–28.